

FRANKFURT – BERLIN | DIREKT

Februar 2022

AKTUELLE GESETZENTWÜRFE

Mindestlohn,
Heizkostenzuschuss und
Streichung von §219a

100 TAGE MITGLIED DES
DEUTSCHEN BUNDESTAGES

“WIR MÜSSEN DIE SCHULEN
SCHNELLER MODERNISIEREN!”

Im Gespräch mit der Frankfurter
Rundschau

INHALTSVERZEICHNIS

Ausgabe 01/ 2022

Editorial	03
100 Tage Mitglied des Deutschen Bundestages Was in den ersten 100 Tagen in Berlin passiert ist.	04
Meine Ausschüsse: Finanzen & Digitales Information über meine Arbeit in den Ausschüssen.	07
Die neue SPD Fraktion Ein paar interessante Zahlen und Fakten zu unserer neuen Fraktion.	09
Aktuell in Arbeit Drei für uns wichtige Gesetzesvorhaben.	10
Austausch mit dem Rat für nachhaltige Entwicklung Kurze Vorstellung des Rates und aktuelle Geschehnisse.	12
Warum ich für eine Impfpflicht stimmen werde Meine Meinung und Abwägungen zum Thema Impfpflicht.	13
Interview mit der Frankfurter Rundschau Ich spreche mit der FR über Digitalisierung, steigende Lebenshaltungskosten und die Hartz-IV-Sätze.	15
Politische Patenschaften Übernahme der drei bestehenden Patenschaften der scheidenden Bundestagsabgeordneten Ulli Nissen.	17
Links und Impressum	18



04

100 Tage Mitglied des Deutschen Bundestages

Was in den ersten 100 Tagen in Berlin passierte

EDITORIAL

Liebe Frankfurterinnen,
liebe Frankfurter,

am 26. September des vergangenen Jahres habe ich von Ihnen den Auftrag erhalten, Ihre Interessen und die unserer Heimatstadt Frankfurt im Deutschen Bundestag zu vertreten. Transparenz und Kommunikation sind mir dabei ganz besonders wichtig. Dafür brauche ich zum einen den Austausch mit Ihnen und Ihr Feedback und zum anderen möchte ich Sie auch immer auf dem Laufenden halten, was wir hier im Parlament beschließen und warum und auch was meine persönlichen Arbeitsschwerpunkte im Bundestag sind.

Das Ziel dieses Newsletters, dessen erste Ausgabe Sie gerade anschauen, ist genau diese Transparenz. Aber auch über meine Internetseite, die sozialen Medien und den direkten Kontakt per Email, Brief oder Telefon können Sie jederzeit mit mir und meinen Mitarbeiter:innen in Berlin und Frankfurt kommunizieren. Ich bin sehr an den Themen interessiert, die Sie bewegen. Was ist Ihnen wichtig und welche Probleme müssen Ihrer Meinung nach der Bundestag und die Bundesregierung besonders dringend angehen?

Für Ihre Kommentare, Kritik, und Ideen bin ich dankbar. Und wenn Sie mich einmal persönlich treffen wollen, dann finden Sie auf meiner Internetseite www.armandzorn.de nicht nur die Termine meiner regelmäßigen Bürgersprechstunden, sondern auch wann ich in Ihrem Stadtteil vor Ort bin.

Ich freue mich auf den Austausch mit Ihnen!

Mit freundlichen Grüßen,
Armand Zorn



A man with a beard and glasses, wearing a blue suit, is speaking at a podium in a large, modern hall. He is gesturing with his right hand. The hall has blue seats and a large glass facade. An audience is visible in the background.

100 TAGE
MITGLIED DES
DEUTSCHEN
BUNDESTAGS



(c) DBT / Tobias Koch

“**Manche waren ganz erstaunt, ihrem Abgeordneten auch nach der Bundestagswahl in ihrem Stadtteil zu begegnen.**”

Die ersten 100 Tage in meinem neuen Amt als Bundestagsabgeordneter vergingen recht zügig. Sie waren gleichermaßen arbeitsreich wie spannend. Für einen neugewählten Abgeordneten gibt es am Anfang besonders viel Organisatorisches zu klären: Anmieten und Einrichten von Büroräumen im Wahlkreis, Wohnungssuche in Berlin, Einstellung von Mitarbeitenden, Zugang zur IT des Bundestags usw. Die allermeisten dieser Dinge sind inzwischen erledigt. Sowohl in Berlin als auch in meinem Wahlkreisbüro in Frankfurt gelang es mir, ein hochkompetentes Team von Mitarbeiterinnen

und Mitarbeitern einzustellen, welches mich zukünftig bei der Bewältigung meiner Arbeit im Bundestag unterstützt.

Vom ersten Tag an, also noch während in den Koalitionsarbeitsgruppen die Inhalte des Koalitionsvertrags ausgehandelt wurden, erhielt ich zahlreiche Mails und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern aus meinem Wahlkreis und darüber hinaus ebenso wie von Verbänden und Organisationen, die mich ihre Anregungen, Kritik und Wünsche wissen ließen. Und da ich mir fest vorgenommen habe, ein „Abgeordneter zum Anfassen“ zu sein, habe ich mir auch die Zeit für diese Kommunikation genommen und war vom ersten Tag meines Bundestagsmandats an auch gleich wieder in meinem Wahlkreis unterwegs. Manche waren ganz erstaunt, ihrem Abgeordneten auch nach der Bundestagswahl in ihrem Stadtteil zu begegnen.

Der Koalitionsvertrag - ein 177 Seiten starkes Papier - legt den Grundstein für ein sozial gerechtes, zukunftsfähiges, innovatives und nachhaltiges Deutschland, angefangen mit der Anhebung des Mindestlohns auf 12€ über die Abschaffung des §219a oder die Senkung des aktiven Wahlalters auf 16 Jahre. Schon bei den Verhandlungen über den Koalitionsvertrag zeichnete sich der neue Geist dieser Koalition ab, nämlich der Wille, gemeinsam erfolgreich zu sein und gemeinsam unser Land voranzubringen. Übrigens: im Bund und im Frankfurter Römer regieren nun dieselben Parteien. Ich bin zuversichtlich, dass eine gleiche politische Ausrichtung auf Bundes- und kommunalpolitischer Ebene einen positiven Effekt auf die Stadtentwicklung haben wird.

Nachdem schließlich der Koalitionsvertrag ausgehandelt und unterschrieben war, wurde als erstes das Bundestagspräsidium gewählt. Die Bundestagspräsidentin leitet nicht nur die Sitzungen des Parlaments, sondern kommt in der politischen Hierarchie unseres Landes gleich nach dem Bundespräsidenten an zweiter Stelle.

Mit Bärbel Bas haben wir eine sehr authentische und bürgernahe Bundestagspräsidentin. Nach Annemarie Renner und Ria Süßmuth ist sie übrigens erst die dritte Frau in diesem Amt.

Am 8. Dezember schließlich der bisherige Höhepunkt dieser Wahlperiode: die Wahl des neuen Bundeskanzlers! Ich bin stolz darauf, dass ich mit Olaf Scholz, den ersten Sozialdemokraten seit 16 Jahren und überhaupt erst den vierten SPD-Politiker in diesem Amt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zum Kanzler wählen konnte.

Meine erste Abstimmung im Bundestag über einen Gesetzesentwurf war das „Gesetz zur Stärkung der Impfprävention gegen COVID-19 und zur Änderung weiterer Vorschriften im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie“. Inhalt dieses Gesetzes ist eine Impfpflicht gegen das Coronavirus für Personal in Gesundheitsberufen und für Menschen, die beruflich Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderungen betreuen. Ich habe aus tiefster Überzeugung für dieses Gesetz gestimmt, denn m.E. haben wir als Staat und Gesellschaft die Verpflichtung, Menschen, die aufgrund ihres Alters oder ihres Gesundheitszustandes ein besonders hohes Infektionsrisiko und ein besonders hohes Risiko für einen schweren oder tödlichen Krankheitsverlauf haben, noch besser zu schützen. Da gerade diese Menschen sich zum Teil aus medizinischen Gründen nicht impfen lassen können, trägt hier das Personal in Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen eine ganz besondere Verantwortung.



(c) DBT / Thomas Trutschel / photothek





MEINE AUSSCHÜSSE: FINANZEN UND DIGITALES

(c) DBT / Janine Schmitz / photothek

Die Facharbeit im Deutschen Bundestag, also die inhaltlichen Diskussionen über die Details einer Gesetzgebung, das Abwägen des Für und Wider gesetzlicher Regelungen und der Austausch mit Fachleuten darüber erfolgt in den Fachausschüssen des Bundestags. Die Verteilung, welche/r Abgeordnete in welchen Ausschuss kommt, ist am Anfang jeder Legislaturperiode eine der kniffligsten Aufgaben, die eine Fraktion zu lösen hat. Inzwischen hat sich unsere Fraktion auf eine Ausschussverteilung geeinigt und ich freue mich darüber, dass ich genau die Ausschüsse bekommen habe, die ich mir gewünscht habe. Ausschüsse, bei denen ich aufgrund meiner bisherigen Berufs- und Lebenserfahrung sowie politischen Schwerpunkte die größte Kompetenz aufweise und diese einbringen kann.

So werde ich zukünftig dem Finanzausschuss des Deutschen Bundestags sowie dem Ausschuss für Digitales als ordentliches Mitglied angehören. Zu-

dem wurde ich zum stellvertretenden finanzpolitischen Sprecher der SPD-Fraktion gewählt. Beides sind wichtige Ausschüsse, gerade in Bezug auf die Modernisierung und Innovationskraft unseres Landes sowie beim Einsatz für mehr Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit.

Was macht der Finanzausschuss?

Der Finanzausschuss behandelt in der Gesetzgebung unter anderem federführend den gesamten Bereich des Steuerrechts. Neben dem Steuerrecht beschäftigt sich der Finanzausschuss auch mit der Finanzmarktregulierung (Banken, Wertpapier- und Versicherungsgeschäft) und dem Zollwesen.

Ein Element der Arbeitsteilung im Ausschuss bilden die Berichterstatter und Berichterstatterinnen der Fraktionen. Abgeordnete werden so zu Fachleuten für speziell ausgewählte Themenschwerpunkte. Für diese sind sie in der Legislatur hauptverantwortlich zuständig und beziehen für ihre Frak-

tion Stellung, wenn über einschlägige Vorlagen beraten wird.

Ich freue mich sehr, dass ich die nächsten Jahre intensiv zu den Themen Internationale Finanzpolitik und Geldpolitik arbeiten darf. Hierunter fällt zum Beispiel alles rund um Währungspolitik, Geldpolitik und Eurostabilität (ESF, ESM). Es umfasst darüber hinaus auch die fachspezifische Arbeit zu relevanten internationalen Organisationen wie dem IWF, der Weltbank und G7/G20. Außerdem wurde ich zum Berichterstatter für den Jahreswirtschaftsbericht.

Was macht der Ausschuss für Digitales?

Der Ausschuss für Digitales ist für alle netzpolitischen Themen zuständig einschließlich des Ausbaus der digitalen Infrastruktur. In dem 34-köpfigen Ausschuss werden die verschiedenen Aspekte der Digitalisierung und Vernetzung fachübergreifend diskutiert und entscheidende Weichen für den digitalen Wandel gestellt werden.

Digitalisierung war bereits auf kommunaler und ehrenamtlicher Ebene ein Schwerpunkt meiner politischen Agenda. Umso mehr freue ich mich, dass ich meine Expertise und Vision von einem digitalen Deutschland in den Fachausschuss einbringen kann

Die Pandemie zeigte den immensen Nachholbedarf im Bereich der Digitalisierung und des Netzausbaus in Deutschland auf. Neu angepasste Realitäten an Corona z.B. in der Arbeitswelt, führten einer breiten Masse plötzlich das große Potential und die Möglichkeiten einer digitalisierten Welt vor Augen. Menschen, die sich lange gegen neue Technologien und eine Digitalisierung sträubten oder einfach nicht umsetzten, waren nun gezwungen digital zu kommunizieren und entsprechende Technik zu benutzen.

Meine Berichterstattheremen umfassen zwei große Themenbereiche: zum einen alles rund um Digitale Zivilgesellschaft und zum anderen den großen Komplex Digitale Arbeitswelt.

Ersteres beschäftigt sich beispielsweise mit Digitalem Ehrenamt oder der digitalen Verwirklichung des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) und Bundesfreiwilligendienstes.

Digitale Arbeitswelt meint konkret die Teilbereiche um Künstliche Intelligenz, mobile Arbeit und Homeoffice, Flexibilisierung der Arbeitszeit, die Erprobung neuer Arbeitszeitmodelle und neuer Beschäftigungsformen. Besonderer Fokus liegt dabei auch auf Soloselbständige und Formen neuer Selbständigkeit. Denn unter der Ampelkoalition soll der Weg für Selbständige und Gründer:innen endlich einfacher und schneller ermöglicht

werden. So soll Deutschland zu einem attraktiven Standort für Startups werden.

Das Ministerium für Arbeit und Soziales unter Hubertus Heil arbeitet unterdessen schon an einer gesetzlichen Home-Office-Regelung. Ende Januar sagte Bundesarbeitsminister Heil der Nachrichtenagentur dpa: "Ich bin dafür, dass wir aus dem coronabedingten, ungeplanten Großversuch zum Homeoffice grundlegende Konsequenzen für die Arbeitswelt ziehen". Eine digitalisierte Arbeitswelt und ein gesellschaftlicher Diskurs über die Chancen, aber auch Herausforderungen einer digitalisierten Welt werden durch die Ampelkoalition kommen. Beides ist dringend nötig. Ich freue mich, diesen Prozess politisch die nächsten Jahre zu begleiten, mitzugestalten und darüber zu berichten.

(c) DBT / Florian Gaertner / photothek



DIE NEUE SPD BUNDES- FRAKTION IN ZAHLEN

206

SPD Abgeordnete
im Deutschen Bundestag

+53

mehr Sitze als in der
letzten Legislaturperiode

104 neu gewählte

102 wiedergewählte

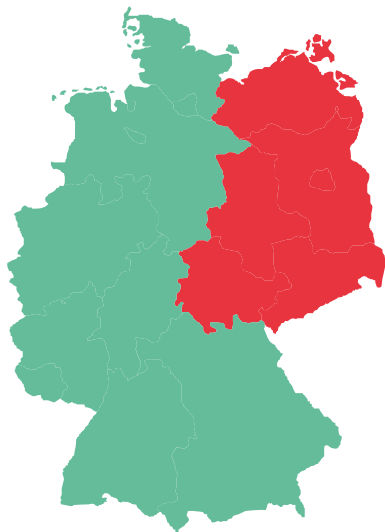
42%

weibliche Abgeordnete



33%

in einem Alter unter 40

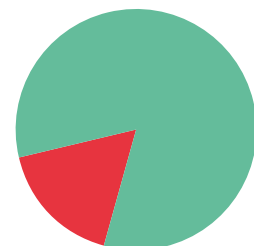


19,9%

aus den neuen Bundesländern

17%

Migrationshintergrund





Hier drei Gesetzesvorhaben, die uns Sozialdemokraten besonders am Herzen liegen und an deren Umsetzung die neue Regierungskoalition bereits arbeitet.

Der Mindestlohn von 12 € kommt

Ein zentrales Wahlversprechen von Olaf Scholz - die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde - wird noch dieses Jahr vom SPD-geführten Arbeitsministerium umgesetzt! Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde von Bundearbeitsminister Hubertus Heil bereits im Januar vorgelegt und an die anderen Ministerien zur Abstimmung geschickt. Der neue Mindestlohn ist eine der größten Lohnerhöhungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Derzeit liegt der Mindestlohn in Deutschland bei 9,82 Euro brutto pro Stunde, er war zum 1. Januar um 22 Cent pro Stunde gestiegen.

Nach bereits geltendem Recht steigt die Lohnuntergrenze zum 1. Juli auf 10,45 Euro. Die Anhebung um 1,55 Euro auf zwölf Euro drei Monate später entspricht dann einer Steigerung von 15 Prozent.

Eine Anhebung auf 12 Euro ist eine Frage der Leistungsgerechtigkeit und des Respekts vor ordentlicher Arbeit. Diese dringend notwendige Anhebung des Mindestlohns ist auch notwendig, weil immer weniger Arbeitsverträge in Deutschland einer Tarifbindung unterliegen.

Viele Menschen - auch in Frankfurt - arbeiten im viel zu großen Niedriglohnsektor und kommen trotz Vollzeitarbeit kaum über die Runden. Von der Erhöhung werden Millionen Menschen in Deutschland profitieren - darunter vor allem viele Frauen und viele Menschen in Ostdeutschland, wo die Tarifbindung besonders gering ist. Laut amtlichen Daten des Statistischen Bundesamts würden rund 10 Mio. sozialversicherungspflichtige und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse von einem gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 12 Euro unmittelbar profitieren. Das sind etwa ein Viertel aller Beschäftigungsverhältnisse.

Neben einer Erhöhung des Mindestlohns kündigte Hubertus Heil weitere arbeitsrechtliche Maßnahmen und Regelungen an, die den Bereich der Altenpflege und das Home-Office betreffen. Demnach können ab Mitte

des Jahres nur noch Altenpflegeeinrichtungen mit der Pflegeversicherung abrechnen, die ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen.

Mehr bezahlbarer Wohnraum und ein Aktionsplan gegen Wohnungslosigkeit – ein Thema für Frankfurt

Bundesbauministerin Klara Geywitz will den Bau neuer Wohnungen und die Entlastung von Mietern zügig voranbringen. Wohnen, sagte Geywitz erst vor wenigen Tagen im Bundestag, sei kein Luxus für wenige, sondern eine Lebensgrundlage für alle. „Es ist eine Frage des Respekts, dass jene, die hart arbeiten, gut davon leben und auch wohnen können“, sagte die Ministerin. Als erste Amtshandlung hat die Ministerin die soziale Wohnraumförderung für das Jahr 2022 auf den Weg gebracht. Damit können die Länder nun eine Milliarde Euro an Bundesmitteln in den sozialen Wohnungsbau investieren. Eine weitere Milliarde aus dem Klimapaket werde folgen, Planungs- und Bauverfahren sollten einfacher und schneller werden, und auch bei den digitalen Verfahren werde „Tempo“ gemacht, kündigte Geywitz an.

Im Koalitionsvertrag wurde vereinbart, dass pro Jahr 400.000 neue Wohnungen gebaut werden, davon 100 000 Sozialwohnungen. Genauso wichtig wie der Bau neuer Wohnungen sind aber auch Entlastungen für Mieter:innen auf angespannten Wohnungsmärkten. Dazu sollen die Verlängerung der Mietpreisbremse und die Begrenzung von Mieterhöhungen in angespannten Märkten beitragen. Vielen machen aber nicht nur die Kaltmieten, sondern auch die Energiepreise große Sorgen. Deshalb plant die Koalition einen Heizkostenzuschuss von mindestens 135 Euro für Wohngeldempfänger einzuführen. Davon würden 710 000 Haushalte profitieren. Geywitz kündigte zudem an, mit einem nationalen Aktionsplan bis 2030 die Obdach- und Wohnungslosigkeit zu überwinden.


Das "Werbeverbot" für Abtreibungen wird gestrichen

Aufgabe der Politik ist es nicht nur neue Gesetze und Regelungen auf den Weg zu bringen, sondern auch bestehende gesetzliche Regelungen zu überprüfen, zu hinterfragen, anzupassen oder auch komplett zu streichen. Die neue Ampelkoalition hat den Anspruch, die Rechtspolitik ans 21. Jahrhundert anzupassen. Als eine der ersten Maßnahmen bringt Bundesjustizminister Marco Buschmann die längst überfällige Abschaffung des §219a auf den Weg. Er veröffentlichte Ende Januar einen Referentenentwurf, der die ersatzlose Streichung dieses Paragraphen vorsieht, der Arztpraxen verbietet, „Werbung“ für Abtreibungen zu machen. Tatsächlich verhindert er aber, dass Ärzte und Ärztinnen bspw.

auf ihrer Internetseite sachlich darüber informieren können, mit welcher medizinischen Methode der Eingriff in ihrer Praxis vorgenommen wird.

Wir ermöglichen künftig Ärztinnen und Ärzten sachgerechte Aufklärung, ohne dass sie eine Strafverfolgung fürchten müssen und unterstützen Frauen und Paare dabei, selbstbestimmte Entscheidungen zu treffen. Mit der Streichung des §219a schafft die Regierungskoalition ein Relikt aus der Kaiserzeit ab. Endlich können wir mit dieser Koalition die Modernisierung unseres Rechtsstaats vornehmen, die einer fortschrittlichen, verantwortungsbewussten und vielfältigen Gesellschaft entspricht.





AUSTAUSCH MIT DEM RAT FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

Der „Rat für nachhaltige Entwicklung“ (RNE) wird seit 2001 alle drei Jahre von der Bundesregierung berufen und berät diese zur Nachhaltigkeitspolitik. Er ist in seiner Tätigkeit unabhängig. Ihm gehören 15 Personen des öffentlichen Lebens aus Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik an. Der Rat führt auch eigene Projekte durch, mit denen die Nachhaltigkeit praktisch vorangebracht wird. Zudem setzt er Impulse für den politischen und gesellschaftlichen Dialog. Seine Bedeutung erkennt man auch daran, dass Angela Merkel in ihrer 16-jährigen Kanzlerschaft an jeder Jahreskonferenz des RNE teilnahm. John Kerry, ehemaliger amerikanischer Außenminister und heute Sonderbeauftragter des US-Präsidenten für Klimafragen, lobte den RNE anlässlich seines 20-jährigen Jubiläums im vergangenen Jahr mit den Worten: „Indem Sie Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft zusammenbringen, um gemeinsam die deutsche Bundesregierung zu beraten, haben Sie in

wichtigen Fragen zweifellos schon viel bewegt. Ihre Arbeit ist ein Erfolgsmodell, das weltweit Vorbild sein sollte.“

Am 19. Januar trafen sich Bundestagsabgeordnete mit dem „Rat für nachhaltige Entwicklung“ zu einem digitalen Meinungsaustausch. Ich durfte dabei die Position der SPD-Fraktion darstellen. In meinem Statement habe ich darauf hingewiesen, dass sich Nachhaltigkeit nicht nur auf Ökologie beschränkt, sondern auch Ökonomie und Soziales einbeziehen muss. Zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele bedarf es einer ressortübergreifenden Zusammenarbeit sowie einer Kooperation multipler Akteure auf kommunaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Des Weiteren müssen wir feststellen, dass wir im Bereich Nachhaltigkeit kein strategisches oder konzeptionelles Problem, sondern vielmehr ein Umsetzungsproblem, haben.

Mit der expliziten Erwähnung der Agenda 2030 und der UN Sustainable Development Goals im Koalitionsver-

trag bekennt sich die Ampelkoalition zu den Nachhaltigkeitszielen und geht die Fülle der Herausforderungen in diesem Bereich tatkräftig an. Für das zentral wichtige Ziel der Klimaneutralität werden im Koalitionsvertrag konkrete Wege aufgezeigt. Ein deutlicher und beschleunigter Ausbau der Erneuerbaren Energien steht hierbei im Zentrum. Aber auch zum Schutz der Biodiversität, zum Ausbau des zirkulären Wirtschaftens und des Sustainable Finance-Standortes Deutschland, zur Digitalisierung von Staat und Wirtschaft, zur Förderung von Innovationen, zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren, zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der Bürger:innen-Beteiligung sowie zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land sind in der Koalitionsvereinbarung konkrete Maßnahmenpakete enthalten. Die Bundesregierung nimmt außerdem ihre internationale Verantwortung wahr und steht zu den Zusagen Deutschlands zur Entwicklungsfinanzierung (0,7 % des BIP).



WARUM ICH FÜR EINE IMPFPFLICHT STIMMEN WERDE

Voraussichtlich im März wird im Bundestag darüber abgestimmt werden. Ich habe, aus heutiger Sicht, vor, für eine solche Impfpflicht zu stimmen.

Hier sind meine Gründe:

Zu kaum einem anderen Thema erreichen mich momentan so viele Zuschriften wie zu der möglichen Einführung einer Corona-Impfpflicht - und zwar sowohl von vehementen Gegnern, als auch von Befürworter:innen einer Impfpflicht. In der letzten Januarwoche fand die erste Orientierungsdebatte im Plenum statt.

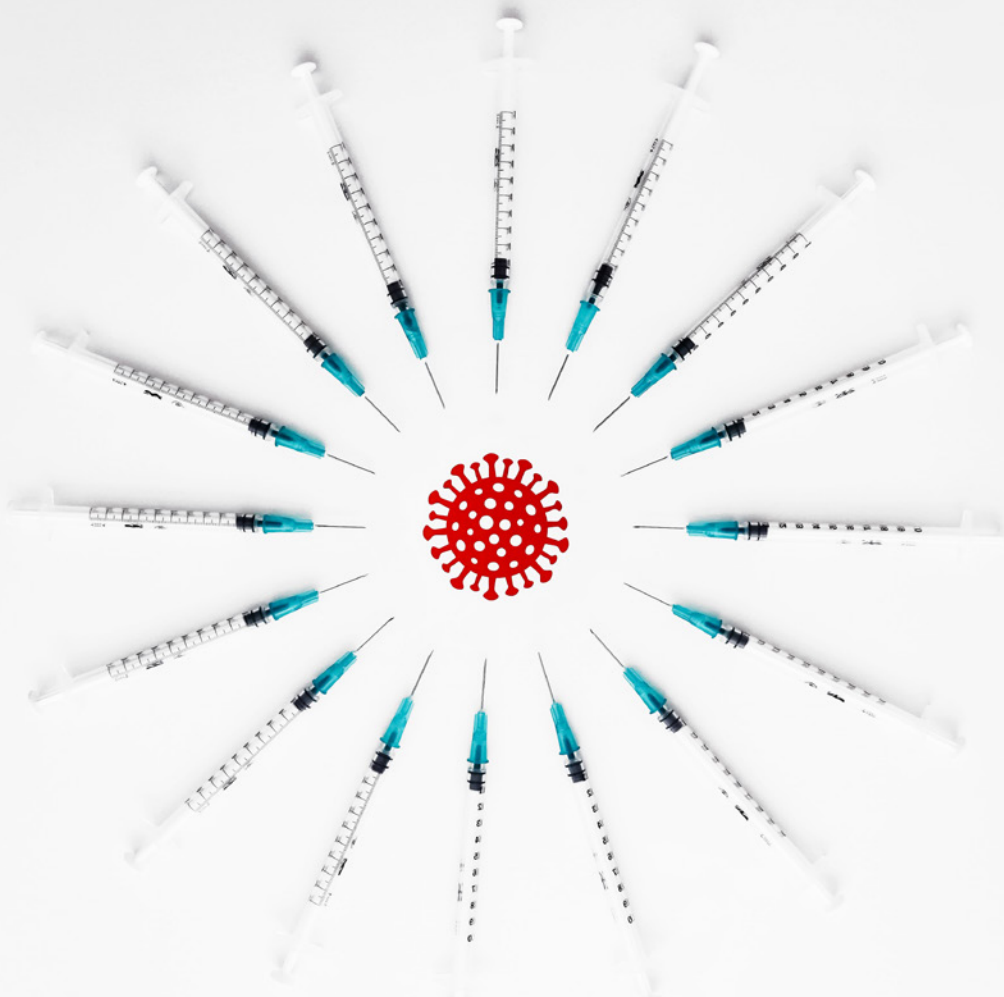
Ich habe, aus heutiger Sicht, vor, für eine solche Impfpflicht zu stimmen. Diese Entscheidung habe ich mir nicht einfach gemacht und ich habe intensiv über das Für und Wider nachgedacht, denn auf beiden Seiten gibt es m.E. durchaus gute und nachvollziehbare Argumente. Seit fast zwei Jahren hat eine Pandemie, die Welt, mit einer

sehr ansteckenden und gefährlichen Viruserkrankung, im Griff. Allein in Deutschland wurden mehrere Millionen Menschen infiziert und über 100.000 sind bereits daran gestorben. Andere, die inzwischen wieder genesen sind, leiden immer noch unter Folgeschäden, die als „Long Covid“ bezeichnet werden. In anderen Ländern, die weniger restriktive Maßnahmen ergriffen haben als wir, oder deren Gesundheitssystem schlechter ist als unseres, liegen die Zahlen an Infizierten und Toten noch viel höher. Und gleichzeitig hatten und haben die Maßnahmen, die in Deutschland und in vielen anderen Ländern ergriffen wurden, um die Ausbreitung der Krankheit einzudämmen, ebenfalls dramatische wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Auswirkungen.

Ich begrüße es sehr, dass es inzwischen mehrere Impfstoffe gibt, die sowohl hochwirksam als auch gut verträglich sind. Auch wenn diese Impfstoffe keinen 100%-igen Schutz vor einer Ansteckung bieten, so vermin-

dern sie doch das Ansteckungsrisiko deutlich und vor allem sorgen sie in den allermeisten Fällen für einen sehr viel mildereren Verlauf der Krankheit und verringern das Risiko, daran zu sterben, erheblich. Dabei kam es nur in extrem seltenen Fällen zu starken Nebenwirkungen oder Folgeschäden. Die übergroße Mehrheit der inzwischen weltweit mehreren Milliarden von geimpften Menschen verträgt den Impfstoff sehr gut.

Anerkannte Fachleute und Wissenschaftler sind davon überzeugt, dass wir diese Pandemie nur in den Griff bekommen, wenn sich so viele Menschen wie möglich impfen lassen. Länder wie Israel, die sehr hohe Impfquoten haben, bestätigen die Wirksamkeit der Impfung und eine darauf zurückzuführende reduzierte Verbreitung von Corona. Dort - wie auch bei uns - betreffen schwere Verläufe und Todesfälle überwiegend ungeimpfte Patienten.



Mindestens genauso bedeutend wie die Entscheidung über eine allgemeine Impfpflicht ist die operative Umsetzung.

Eine Entscheidung für oder gegen eine Corona-Impfung ist nicht nur eine rein individuelle und private, sondern betrifft die gesamte Gesellschaft: wir müssen verhindern, dass unsere Krankenhäuser überlaufen. Die Pflegerinnen und Pfleger, Ärzte und Ärztinnen arbeiten bereits am Limit oder darüber hinaus. Und schon jetzt müssen andere, nicht lebensbedrohende (aber dennoch notwendige) Operationen und Behandlungen verschoben werden. Die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Einschränkungen haben viele Menschen in Existenznöte gebracht, nicht zuletzt im Kulturbereich, in der Gastronomie und im Tourismus. Unsere Infrastruktur (Schulen, Verkehr, Geschäfte, Polizei, Justiz, Feuerwehr etc.) könnte bei weiteren Infektionswellen möglicherweise zusammenbre-

chen. Da trotz dieser Argumente noch immer über 10 Millionen Menschen in Deutschland nicht geimpft sind, die es sein könnten - trotz wirksamer und sicherer Impfstoffe - glaube ich, dass eine Impfpflicht die logische Konsequenz ist.

Mindestens genauso bedeutend wie die Entscheidung über eine allgemeine Impfpflicht ist die operative Umsetzung. Die Wirksamkeit und die Akzeptanz der Impfpflicht hängen maßgeblich davon ab wie die genauen Details gestaltet werden. Wie wird die Impfpflicht kontrolliert werden? Wird die Impfpflicht temporär begrenzt? Wird es ein Impfreister geben? Wie soll die Kontrolle erfolgen? Welche Sanktionen drohen bei der Nicht-Einhaltung der Impfpflicht? An diesen wichtigen Details arbeiten wir gerade im Deutschen Bundestag und werden dafür Sorge tragen, dass jedes erarbeitete Gesetz, die freiheitlich-demokratisch geschützten Grundrechte achtet und verhältnismäßig ist.

INTERVIEW MIT DER **FRANKFURTER RUNDSCHAU**

“ Wir müssen die
Schulen schneller
modernisieren!



A rmand rmand Zorn (MdB)
im Interview mit der FR
Bundestagsabgeordneter
Armand Zorn (SPD) über
Digitalisierung, steigende
Lebenshaltungskosten und die Hartz-
IV-Sätze. Das Interview veröffentlichte
die Frankfurter Rundschau am
10.01.22

Herr Zorn, wie sind die ersten Monate im Bundestag für Sie gelaufen? War es schwierig reinzukommen?

Nein, das war nicht schwierig. Schon weil es so schnell losging. Wir waren mit den Koalitionsverhandlungen sehr gut beschäftigt. Es standen auch gleich sehr wichtige Entscheidungen an, insbesondere zum Umgang mit der Corona-Pandemie. Parallel habe ich mein Büro aufgebaut. Die Zeit ging also sehr schnell vorbei...

Erfahrungen als Parlamentarier hatten Sie bisher nicht. War es dadurch schwerer, die ganzen Abläufe zu durchschauen?

Ich hatte den Vorteil, dass ich die parlamentarische Arbeit aus mehreren Praktika im Bundestag und in der französischen Nationalversammlung, aber auch durch mein Studium schon kannte. Es ist aber dann doch eine andere Geschichte, selbst Abgeordneter zu sein und die Verantwortung zu haben. Die SPD-Fraktion hat viele Einführungsveranstaltungen organisiert. Jeder neue Abgeordnete hatte auch einen erfahrenen Abgeordneten zur Seite. Bei mir war das Sören Bartol aus Marburg.

Jetzt sind Sie voll drin in der parlamentarischen Arbeit?

So ganz noch nicht. Nächste Woche beginnt in den Ausschüssen die eigentliche inhaltliche Arbeit, die Arbeit an Gesetzentwürfen.

Sie gehören dem Finanzausschuss und dem Ausschuss für Digitales an. Was können Sie dort für die Menschen in Frankfurt erreichen?

Eine Menge. Ich bin sehr glücklich, dass ich in diesen sehr wichtigen Ausschüssen mitarbeiten darf. Sie bieten sehr große Gestaltungsmöglichkeiten.

Sie haben vor der Wahl gesagt, dass Sie dabei helfen wollten, die Kinder auf die Welt von morgen und übermorgen vorzubereiten...

Wir haben in der Pandemie gesehen, dass es etwa bei den Voraussetzungen für Homeschooling noch großen Nachholbedarf gibt. Über den Digitalpakt 2.0 werden wir mehr Geld für eine gute Ausstattung der Schulen bereitstellen. Wichtig sind auch schnellere und effizientere Planungs- und Genehmigungsverfahren, damit die Schulen schneller modernisiert werden können. Es muss in den Schulen WLAN geben, Whiteboards und mobile Endgeräte für alle Schülerinnen und Schüler. Das ist die nötige Infrastruktur. Mir ist zudem wichtig, dass die Kinder auch die Inhalte von morgen lernen.

Auch in Frankfurt ächzen die Menschen unter steigenden Strom- und Gaspreisen, Mieten und Lebensmittelpreisen. Was kann die Bundesregierung tun, um das zumindest abzufedern?

Das ist ein Thema, das uns sehr beschäftigt. Wir haben einige Schritte vereinbart, die hier in Frankfurt Wirkung haben werden. Wir wollen 400 000 Wohnungen bauen, davon 100 000 Sozialwohnungen. Das wird auch den Wohnungsmarkt in Frankfurt entlasten. Bald wird es einen Mindestlohn von zwölf Euro pro Stunde geben. Das bedeutet für sehr viele Menschen eine Gehaltserhöhung. Für uns ist klar: Wer Vollzeit arbeitet, muss von seinem Lohn leben können, auch in einer Großstadt wie Frankfurt.

Auch in Frankfurt gibt es viele Menschen, die langzeitarbeitslos sind und von Sozialleistungen leben. Müsste man die Hartz-IV-Sätze angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten nicht stark erhöhen?

Wir haben vereinbart, dass wir Hartz

IV reformieren und ein Bürgergeld einführen wollen. Meine Meinung ist, der derzeitige Hartz-IV-Satz reicht nicht für ein würdevolles Leben in einer Stadt wie Frankfurt. Mir ist zudem wichtig, dass wir wegkommen von einem Sozialstaat, der die Menschen kontrolliert, hin zu einem Sozialstaat, der den Menschen Sicherheit gibt. Der Ansatz muss sein, Menschen, die Sozialleistungen beziehen, zu motivieren - und nicht, sie zu bestrafen.

Der Einzug in den Bundestag muss auch ihr Privatleben stark verändert haben. Sie haben zwei Wohnungen, verbringen vermutlich sehr viel Zeit im Zug ...

Das kenne ich schon aus meiner Bera-tertätigkeit, montags loszufahren und donnerstags oder freitags nach Hause zu kommen. Da war ich zunächst immer in Hotels, bis ich irgendwann davon genug hatte. Schon deshalb war es mir jetzt sehr wichtig, eine Wohnung in Berlin zu haben. In der Regel bin ich eine Woche im Bundestag, eine im Wahlkreis.

Wie stark wollen Sie im Wahlkreis präsent sein?

Sehr stark. Ich sehe das gerade für mich als direkt gewählten Abgeordneten auch als Verpflichtung an. Ich werde etwa meine Wahlkreistouren fortsetzen und regelmäßige Sprechstunden anbieten. Im Bundestag sind die Tage sehr voll. Ich fange um 7 Uhr an und es geht eng durchgetaktet bis Mitternacht. Da bekommt man wenig mit, was außerhalb des Bundestags passiert. Umso wichtiger ist es mir, viele Frankfurterinnen und Frankfurter zu treffen, um Hinweise und Anregungen für meine Arbeit zu bekommen.

Interview: Christoph Manus



POLITISCHE PATENSCHAFTEN

Als Frankfurter SPD-Bundestagsabgeordnete übernehme ich die drei bestehenden Patenschaften der scheidenden Bundestagsabgeordneten Ulli Nissen. Ich werde mich künftig im Rahmen des Patenschaftsprogramms der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) für die Freilassung der drei iranischen Gefangenen Sheida Abedi, Mojgan Keshavarz und Saba Kord Afshari einsetzen.

Die beiden Frauenrechtlerinnen Mojgan Keshavarz und Saba Kord Afshari wurden im Jahr 2019 zu jeweils mehr als 20 Jahren Haft verurteilt, weil sie sich gegen den Schleierzwang im Iran aussprachen und ihr Kopftuch in der Öffentlichkeit abnahmen. Beiden Frauen wurde u.a. „Förderung von Verderbenstiften und Prostitution“ sowie „Propaganda gegen den Staat“ vorgeworfen. Im Februar 2020 wurde Keshavarz' Haftstrafe im Berufungsverfahren auf 12 Jahre und sieben Monate reduziert. Im März 2021 wurde auch Kord Afsharis Strafe auf siebeneinhalb Jahre herabgesetzt. Die Frauenrechtlerinnen sind aktuell im Qarchak-Gefängnis inhaftiert,

das dafür bekannt ist, dass politische Gefangene gemeinsam mit Frauen inhaftiert werden, die wegen Gewaltverbrechen verurteilt wurden. Immer wieder kommt es vor, dass das Gefängnispersonal Insassinnen dazu anstachelt, politische Gefangene gezielt zu verletzen und einzuschüchtern.

Sheida Abedi gehört der religiösen Minderheit der Bahá'í an. Im Juli 2019 wurde sie vom Islamischen Revolutionsgericht in Birjand wegen „Mitgliedschaft in einer illegalen Bahá'í-Organisation“ und „Propaganda zugunsten der Bahá'í“ zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Das Urteil wurde später auf drei Jahre reduziert. Abedi hatte zusammen mit anderen Gläubigen Geldspenden für die Bahá'í-Gemeinde gesammelt, die später vom Gericht beschlagnahmt wurden. Seit dem 19. Januar 2020 sitzt sie im Birjand-Gefängnis ihre Haftstrafe ab.

Martin Lessenthin, Vorstandssprecher der IGFM, betont: „Wir freuen uns, dass Armand Zorn die Patenschaften für die drei inhaftierten Iranerinnen übernimmt. Hiermit zeigt er, dass die willkürlichen Verhaftungen durch das iranische Regime auch international

wahrgenommen werden und nicht ungeachtet bleiben. Wir hoffen, dass die iranischen Behörden auf den internationalen Druck reagiert und die Frauen zeitnah aus der Haft entlässt“

Die Islamische Republik Iran missachtet systematisch die Rechte ihrer Bürger. Seit der Islamischen Revolution im Jahr 1979 leiden Frauen unter einer Vielzahl von diskriminierenden Gesetzen. Der Verschleierungszwang ist eines davon. Iranische Frauen versuchen seit vier Jahrzehnten durch friedlichen Protest, ihre Lebensbedingungen zu verbessern und ein Ende der diskriminierenden Gesetze herbeizuführen. Dafür riskieren sie drakonische Strafen.

Auch religiöse Minderheiten wie die Bahá'í werden durch das Regime systematisch verfolgt. Seit der Machtübernahme der Islamischen Republik wurden Tausende der rund 300.000 im Iran lebenden Bahá'í enteignet, inhaftiert, gefoltert oder hingerichtet. Vielen anderen Anhängern dieser Religion werden andere soziale und wirtschaftliche Rechte wie das Recht auf Bildung oder Arbeit vorenthalten.



“ Ganz liebe
Grüße aus Berlin und
bis zum nächsten
Monat!

LINKS: ARMAND ZORN **IM WEB**



IMPRESSUM

Herausgeber: Armand Zorn
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 - 227 75492
Email: armand.zorn@bundestag.de
Web: <https://www.armandzorn.de/>

Bildnachweise: falls nicht extra er-
wähnt: privat, unsplash, Moritz Erdt
Erscheinungsjahr: 2022